

Finanzierungstipps

1. Bildungskredit - Bundesregierung

Die Bundesregierung bietet Schülern und Studenten in fortgeschrittenen Ausbildungsphasen (bei einer dreijährigen Berufsausbildung: ab dem zweiten Ausbildungsjahr) die Möglichkeit, einen zinsgünstigen Kredit –auch zusätzlich zum BAföG! – in Anspruch zu nehmen.

Gefördert werden nur Vollzeitausbildungen bzw. -studiengänge. Die Förderung in Höhe von bis zu 7.200 € erfolgt maximal bis zur Vollendung des 36. Lebensjahres. Der zur Verfügung stehende Finanzrahmen ist begrenzt und wird jährlich vom Bundesministerium für Bildung und Forschung vorgegeben.

Informationen zum Bildungskredit erhalten Sie im Internet unter www.bildungskredit.de und unter der kostenlosen Infoline 0800. 2 23 63 41 sowie unter 0228. 993 58 44 92.

2. Bildungskredit – Sparkasse Coburg-Lichtenfels

Unsere Hausbank (Sparkasse Coburg-Lichtenfels) hat ein Angebot für eine Studienfinanzierung ausgearbeitet. Interessenten setzen sich bitte mit den Ansprechpartnern Frau Schumann/Kupfer und Herren Popp/Habermann (Tel. 09561/700) in Verbindung.

3. BAföG für die Erstausbildung

Für Schüler in der Erstausbildung (ansonsten bis zum 30. Lebensjahr) gilt das vom Einkommen der Eltern abhängige Schüler-BAföG. Das BAföG für Schüler muss nicht zurückgezahlt werden.

4. BAföG nach der Berufsausbildung

Wenn keine Förderung durch die Agentur für Arbeit erfolgt, besteht bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres (zzgl. Bewerbungszeit oder Kindererziehungszeiten) ein Rechtsanspruch auf einen Zuschuss nach dem BAföG-Gesetz oder nach dem Meister-BAföG (siehe 3.).

Wer mindestens drei Jahre in seinem Beruf tätig war, erhält einen monatlichen BAföG-Satz. Die Finanzierung erfolgt durch monatliche, nicht zurückzuzahlende BAföG-Zuschüsse.

Informationen zum BAföG erhalten Sie im Internet unter www.das-neue-bafoeg.de oder unter der kostenlosen Infoline 0800. 2 23 63 41.

5. Meister-BAföG (AFBG)

Das Aufstiegsförderungsgesetz (AFBG) verfolgt die Ziele, die berufliche Aufstiegsfortbildung finanziell zu unterstützen und Existenzgründungen zu erleichtern. Gefördert werden nicht nur angehende „Meister“, sondern auch Teilnehmer von Kursen, die auf staatliche oder auf IHK-Abschlüsse vorbereiten.

Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen erhalten eine monatliche Unterstützung zum Lebensunterhalt. Für die Prüfungs- und Lehrgangsgebühren von Voll- und

Teilzeitmaßnahmen ist ein Maßnahmebeitrag in Höhe der tatsächlich anfallenden Gebühren (maximal 10.226 €) vorgesehen. Wer sich nach Abschluss der Weiterbildung selbstständig macht, dem wird auf Antrag unter bestimmten Bedingungen ein Großteil des Restdarlehens erlassen.

6. Förderung durch die Agentur für Arbeit (SGB III)

Die Förderung der beruflichen Weiterbildung kann zur beruflichen Eingliederung oder zur Vermeidung drohender Arbeitslosigkeit notwendig sein. Das gilt auch bei Nachholung eines Berufsabschlusses.

Zur Klärung Ihrer Förderungsfähigkeit wenden Sie sich bitte rechtzeitig an Ihre Agentur für Arbeit, denn die Bescheinigung in Form eines Bildungsgutscheins muss vor Beginn der Maßnahme erfolgen.

7. Förderung durch die Bundeswehr (BFD)

Zeitsoldaten werden nach dem Soldatenversorgungsgesetz durch den Berufsförderungsdienst (BFD) der Bundeswehr gefördert.

8. Begabtenförderung für berufliche Bildung

Die Begabtenförderung für berufliche Bildung richtet sich an Absolventen einer Berufsausbildung, die unter bestimmten Voraussetzungen ein Stipendium für ihre Weiterbildung erhalten können.

Weitere Informationen erhalten Sie im Internet unter www.begabtenfoerderung.de oder unter 0228. 62 93 13.

9. Darlehen

Zur Sicherung der Ausbildungsfinanzierung bieten sich auch unterschiedliche Darlehensformen an: Hypothekendarlehen sind über Grundbesitz bzw. Wohnungseigentum abgesichert, Policendarlehen werden von Versicherungsgesellschaften bei gleichzeitigem Abschluss einer Lebensversicherung angeboten. Die Konditionen von Bankdarlehen können sich beträchtlich unterscheiden. Zur Klärung des Finanzierungsbedarfs und der Rückzahlbedingungen ist ein Gespräch mit Fachleuten ratsam.

10. Steuerliche Berücksichtigung

Schulgeld ist steuerlich absetzbar. Eltern können für jedes Kind bis zu € 5.000 pro Jahr (höchstens 30 Prozent des Schulgeldes) steuerlich geltend machen.

Um den Höchstbetrag komplett auszuschöpfen, müsste das Schulgeld mindestens € 16.666 jährlich betragen. Nicht abgesetzt werden können Kosten für Unterkunft und Verpflegung.

Voraussetzung für die Absetzbarkeit ist, dass die Eltern für das Kind Anspruch auf einen Freibetrag oder auf Kindergeld haben. Die Schulart spielt dabei keine Rolle, sondern der Abschluss. Die Schule muss einen anerkannten Schul-, Jahrgangs- oder Berufsabschluss vorbereiten (Näheres hierzu § 10 Absatz 1 Nr. 9 EStG).

Das Steuerrecht ist komplex und fortlaufenden Änderungen unterworfen. Um sicher zu gehen, alle steuerlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, ist es empfehlenswert, sich zeitnah beim Finanzamt zu erkundigen und gegebenenfalls einen Steuerberater in Anspruch zu nehmen. Möglicherweise können Sie anfallende Kosten zum Beispiel als Sonderausgaben oder Werbungskosten geltend machen.